№ 4959. Freitag, 24. Juli. 1868.

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 23. Juli, 7½ Uhr Abends.

München, 23. Juli. Durch das heute vom Schwurgericht gefällte Urtheil über die bei dem Excesse in Traunstein betheiligten Landwehrleute sind: Wernethammer zu 8 Jahren, Plank zu 4½ Jahren, sechs Landwehrleute zu 4 Jahren Zuchthaus und die übrigen 19 zu 2½ Monaten Gefängnißstrafe, welche letztere durch die Untersuchungshaft als verbüßt betrachtet wird, verurtheilt.

Breslau, 23. Juli. Der Buchhändler Trewendt, Besitzer der „Breslauer Zeitung", ist gestern plötzlich gestorben.

Berlin, 22. Juli. [Das Verfahren der Regierung in Betreff des Bundes-Deficits] sucht die „Prov.-Corr." in einem ausführlichen Artikel zu rechtfertigen, in welchem es heißt: „Ganz ohne Grund hat man in diesem Verfahren einen Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages suchen wollen. Der gebührende Einfluß des Reichstages auf die Ordnung des Bundeshaushaltes ist vollständig gewahrt, da die beabsichtigte Deckung nur eine vorläufige ist und eine endgiltige Regelung erst bei der Rechnungsablage erfolgen wird. Wenn von einzelnen Stimmen die sofortige Mitwirkung des Reichstages gefordert worden ist, so hat man vergessen, daß der wirkliche Ausfall in den Bundes-Einnahmen sich erst bei der Jahres-Abrechnung genau feststellen läßt. Die unzeitige Einbringung eines sogenannten Nachtrags-Etats würde daher wiederum nur eine vorläufige Berechnung hingestellt und eine Wiederholung derselben Verlegenheit nicht ausgeschlossen haben. Die Rechte des Reichstages sind vollständig gewahrt, weil sie eben erst bei der endgiltigen Abrechnung in wirksamer Weise zur Geltung gelangen können."

— [Marine.] Die Baggerarbeiten auf der Wentine bei Neumühlen sind beendet und die mit dieser Arbeit bisher beschäftigten Fahrzeuge, der Dampfbagger „Rügen" und das Dampfbugsirboot „Greif" sind nun wieder an die Hafenbau-Direction der Kieler Bucht überwiesen worden.

— [Der Cultusminister in Hannover.] „Bekanntlich — sagt die „Post" — hat der Cultusminister eine Reise durch die Provinz Hannover gemacht, um sich persönlich von dem Zustande der dortigen in seinen Ressort fallenden Einrichtungen zu überzeugen. Aus Hannover kommen jetzt bittere Klagen darüber, daß Hr. v. Mühler sich zu seinen Informationen nur Männer der extrem-lutherischen Richtung bedient hat."

* [Das Nothgewerbegesetz.] Es wäre an der Zeit, sagt die „B.- u. H.-Ztg.", daß die Regierung ihre Auffassung über die Anwendung des sog. Gewerbe-Nothgesetzes zu erkennen gebe. Weder Behörden noch Publikum wissen, was sie mit der Mehrzahl der Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Juli anzufangen haben. In einigen Zeitungen wird eine Controverse über die Stellung der Aerzte, Wundärzte und Thierärzte zu dem neuen Gesetz erörtert. An uns ist die Frage gelangt, ob Buchhändler und Buchdrucker, da sie den Befähigungsnachweis nicht mehr zu führen, also keiner Prüfung sich zu unterwerfen haben, nunmehr auch keiner Concession bedürfen? Nach § 5 des Gesetzes scheint das zweifelhaft. Man sollte meinen, da die Ertheilung der Concession von der Prüfung abhängig war, so sei das Concessionswesen mit dem Prüfungswesen beseitigt; doch bezweifeln wir, daß der Minister des Innern diese Ansicht theilen dürfte.

— [Das Obertribunal] hat, wie hiesige Blätter berichten, neuerdings angenommen, daß die Mittheilung der Commissionsberichte des Landtages durch Zeitungen in Bezug auf die Strafbarkeit der Mittheilung der Sitzungsberichte nicht gleich steht. Nach § 38 des Preßgesetzes sind nur Berichte von den öffentlichen Sitzungen beider Kammern, insofern sie wahrheitsgetreu erstattet werden, von jeder Verantwortlichkeit frei. Für alle anderen Druckschriften, durch welche Verbrechen oder Vergehen begangen werden, gilt diese Ausnahme nicht, vielmehr bleibt hierfür nach § 34 des Preßgesetzes ein jeder verantwortlich, welcher nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen als Urheber oder Theilnehmer strafbar erscheint. Die Commissionsberichte eines der Häuser des Landtages fallen daher unter die Ausnahme des § 38 nicht, wenngleich es richtig sein sollte, daß sie von dem betreffenden Hause den Zeitungsredactionen mitgetheilt werden.

Oesterreich. Pesth, 21. Juli. [Zum Ausgleich mit Kroatien.] Die „Pest. Corresp." veröffentlicht das Elaborat der kroatischen Regnikolar-Deputation. Nach demselben entsenden Kroatien und Slavonien 29 Deputirte in den ungarischen Reichstag Behufs Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie soll Kroatien 10 Prozent, zu den Kosten für Landeszwecke 45 Prozent der gesammten Steuern beitragen. An der Spitze der autonomen Regierung steht der Banus. Zu dem Gebiete des kroatisch-slavonisch-dalmatischen Königreichs gehören das Fiumaner Komitat, mit Ausschluß der Stadt und des Küstengebietes von Fiume, die kroatischen und slavonischen Komitate und die Militairgrenze Dalmatiens. (W. T.)

Prag, 20. Juli. [Czechische Demonstrationen.] Ungeachtet des Verbotes einer Volksversammlung auf dem Berge Lewin bei Neupaka erschienen gestern daselbst gegen 4000 Menschen. Gegen die erfolgte Aufforderung zum Auseinandergehen wurden von Einzelnen Einwendungen erhoben. Nach geschehener Belehrung erklärten sie sich bereit, sich zu entfernen und erbaten sich nur eine einstündige Erholungsfrist, welche bewilligt wurde. Es wurden keine Reden gehalten. Nachdem die Volkshymne abgesungen wurde, ging die Versammlung auseinander. — Ein anderes Meeting, welches gestern auf dem Berge Hradec, Bezirk Strakonitz, stattfinden sollte, wurde untersagt und kam dieserwegen auch nicht zu Stande. Gelegentlich des Kirchweihfestes in Strakonitz versammelten sich mehrere hundert Menschen in einem Wirthshause, wo Toaste ausgebracht wurden. Als die Gesellschaft den Anschein einer Versammlung erhielt, stellte der Kreisvorsteher die Verhandlungen ein. Die Ruhe wurde nicht gestört. Wegen beider Versammlungen wurde die Strafamtshandlung eingeleitet. (Pr.)

England. London, 20. Juli. [Das Haus der Gemeinen] hat der Wahlprüfungs-Vorlage das Opfer eines Sonnabends gebracht, eines freien Tages, den es sich sonst unter dem stärksten Drange der Umstände nicht rauben läßt. Es wurden zwar nur wenige Clauseln erledigt, und derselben stehen zur Comitéberathung noch mehr als zwanzig neue; doch war der erzielte Fortschritt ein sehr erheblicher. Professor Fawcetts Vorschlag, die durch eine Parlamentswahl verursachten Ausgaben hinfort nicht mehr den Candidaten, sondern der Gemeinde aufzubürden, ging mit einer Mehrheit von acht Stimmen durch. Was nun die hier gemeinten „Ausgaben" angeht, so bilden dieselben nur einen Bruchtheil der ganzen Unkosten, indem sowohl Unterhaus als Gemeinde sich natürlich nur um die öffentlichen und gewissermaßen amtlichen Vorbereitungen und Anstalten bei Parlamentswahlen kümmern können. Es werden also dem Gemeinde-Budget zur Last geschrieben die Besoldung oder Entschädigung der Wahlbeamten (returning officers) und die Kosten der Errichtung oder Benutzung von Tribunen und Wahllokalen; wobei die Privatausgaben, selbst wenn jede Art von Bestechung vermieden wird, für den Candidaten oder seine Gönner noch immer beträchtlich genug bleiben.

— [Felix Pyat], über dessen Rede zu Gunsten des Königsmordes französische Blätter berichteten, veröffentlicht in „Daily News" eine Erklärung in Briefform, worin er versichert, nicht sowohl von Mord, als vom Aufstande geredet zu haben. Die Hinrichtung Ludwigs XVI. und Carls I. könne man nicht unter den Begriff des Mordes bringen. In Betreff der Worte, welche der Kaiser Napoleon jüngst in Fontainebleau über denselben Gegenstand gesprochen haben soll, bemerkt Pyat, die Behauptung, die Ermordung eines Fürsten störte dessen Dynastie, werde durch Frankreichs Geschichte widerlegt. Die Ermordung des Herzogs von Berry habe weder den Herzog von Angoulême noch den Grafen von Chambord auf den Thron gebracht, und was aus der jüngeren Linie geworden wäre, wenn Louis Philippe durch Mörderhand gefallen wäre, sei schwer zu sagen. Darin, daß derjenige, welcher seine Hand mit Blut beflecke, nicht die Frucht seines Verbrechens ernte, stimme er (Pyat) mit dem Kaiser überein u. s. w.

DC. **Frankreich.** Paris, 20. Juli. [Die Regierung und die Arbeiter.] Während der Ausstellung des vorigen Jahres waren bekanntlich auf Antrieb der Regierung von den Arbeitern Delegationen gewählt worden, welche jene für ihre einzelnen Fächer studiren und zugleich Vorschläge zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen machen sollten. Nach Abschluß dieser Thätigkeit wandten die Delegationen sich an die Regierung mit der Bitte, sich auch weiter vereinigen und ein Comité wählen zu dürfen. Der Kaiser, stets darauf bedacht, die Arbeiter für sich zu gewinnen, ließ dieses Anliegen genehmigen. Es wurde also eine Arbeiter-Commission gewählt, die fast jeden Sonntag eine Versammlung der Delegationen, in der Zahl von 6—700 Personen, anberaumt. Man spricht daselbst aber nicht von Schmiedeeisen, Drechslerbänken und Webestühlen, sondern über Arbeitslöhne, das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und über Politik. Emile Ollivier und Guéroult reden daselbst sehr häufig; als aber Jules Simon sich dort auch einmal vernehmen ließ, benachrichtigte die Regierung das Comité, daß wenn dies noch einmal geschehe, die Versammlungen verboten werden würden. Sonst erfreuen sich dieselben einer großen Freiheit. In der letzten Woche erhielt das Comité plötzlich einen Brief aus dem Ministerium des Innern, in dem dasselbe auf die Wohlthaten, welche der Kaiser den arbeitenden Klassen erzeugt habe, aufmerksam gemacht wurde, und zugleich forderte man es auf, aus der Mitte der Arbeiter selbst für die nächsten Wahlen Candidaten aufzustellen, welche im Vereine mit der Regierung das Wohl ihrer Genossen zu fördern entschlossen seien. Das Comité aber, unter dem Vorsitze des Hrn. Henry, setzte sofort eine entschiedene Zurückweisung dieses Ansinnens auf und man begab sich mit derselben zunächst zu Hrn. Jules Simon, der mit Hrn. Henry über folgende Grundsätze übereinkam: Erstens, es darf keine Kastenwahl stattfinden, und zweitens, an Stelle Darimons oder eines anderen ausscheidenden Mitgliedes der Linken wird ein intelligenter, freisinniger Arbeiter als Candidat aufgestellt. Sonst aber sollen die Delegirten alle Mühe aufwenden, um den Candidaten der jetzigen Opposition durchzubringen. Der Absagebrief des Comité's an den Herrn Pinard wurde darauf abgeschickt.

Paris, 20. Juli. Wie gestern die „France" und der „Etendard", so tritt heute der „Constit." dem Gerüchte entgegen, die französische Regierung habe dem spanischen Cabinete die dem Herzog von Montpensier zugeschriebenen Umtriebe aufgedeckt. Die hiesige Regierung, erklärt auch der „Const.", hätte weder etwas von den angeblichen Intriguen, noch von den Maßregeln gewußt, welche man in Madrid zu ergreifen für gut befunden habe. — Wie wenig es in den Regierungskreisen gern gesehen wird, wenn durch Druck und Schrift gegen die Kriegstendenzen gewirkt wird, erhellt daraus, daß das obengenannte halbamtliche Blatt nun schon in einem zweiten Leitartikel die in Hrn. v. Valmy's Schrift über „Krieg und Frieden" niedergelegten Ideen zu bekämpfen sucht. Von den zwei Mitteln, den Krieg zu verhindern, welche der Verfasser empfiehlt, habe sich das eine, welches in der Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes bestehen soll, bisher als eine fromme Täuschung erwiesen, oder als unzulänglich. Ein solches Schiedsgericht könnte in den meisten Fällen gar nicht zusammenkommen, oder es fänden dessen Aussprüche kein Gehör. Das zweite Mittel, nämlich das Recht der Kriegserklärung den Volksvertretungen zu überweisen, ist noch weit weniger nach dem Geschmacke des officiösen Organs. Es bemerkt, daß selbst in England, in dem constitutionellsten aller europäischen Staaten, dasselbe sich in den Händen der Executivgewalt befinde. Das englische Parlament wollte schon oft diese Befugniß an sich reißen, scheiterte aber an Schwierigkeiten die in der Natur der constitutionellen Monarchie selber liegen. In monarchischen Staaten, muß das Recht Krieg zu erklären den Fürsten zustehen, soll anders die Monarchie nicht aufhören, eine solche zu sein. Das genannte Blatt vergißt blos, daß in England das Recht der Kriegserklärung nur nominell in den Händen des Fürsten liegt, indem dieser nur davon Gebrauch machen kann, durch die Vermittelung eines Ministeriums, das den Ausfluß der Kammermajorität bildet. Wenn also z. B. die Königin von England heute den Krieg an Frankreich erklären wollte und sich kein parlamentarisches Ministerium fände (meinetwegen nach einer oder zwei Kammerauflösungen), bereit ihre Kriegserklärung zu contrasigniren, so müßte J. M. auf ihre Kriegsgelüste verzichten, oder einen Staatsstreich machen, um die Verfassung außer Kraft zu setzen. Der Herr von Valmy hat also mit seinem Vorschlage nur so viel sagen wollen, daß es der Erhaltung des Friedens förderlich wäre, wenn alle europäischen Fürsten ihren parlamentarischen Versammlungen so viel Rechte zuschrieben, als das englische Parlament thatsächlich wie verfassungsmäßig schon jetzt besitzt. — Kurz vor den allgemeinen Wahlen von 1863 erhielten die Steuereinnehmer Befehl, die Leute, welche mit der Bezahlung ihrer directen Steuern im Rückstande waren, nicht zu behelligen. Jetzt sind wieder ähnliche Befehle ergangen, und man glaubt deßhalb, daß die Neuwahlen früher Statt finden werden, als man bis jetzt in den officiellen Kreisen zugeben will. — Fräulein Patti wird sich nun dennoch mit dem Marquis de Caux vermählen und das erste Aufgebot ist Sonnabend hier verkündigt worden. Doch soll die Trauung auf der französischen Gesandtschaft in London vor sich gehen. Die Sängerin hat sich die freie Verfügung über ihr Vermögen durch den Heiraths-Contract ausbedungen. — Victor Hugo hat so eben ein Drama beendet, an dem er 30 Jahre gearbeitet und das sich „Mad. de Maintenon" betitelt. — „Charivari" bringt ein hübsches Bild; eine junge Dame sieht, daß ihr Gemahl den Budgetbericht liest, die ungeheueren Zahlen fallen ihr in die Augen und sie sagt sich: „Das ist der rechte Augenblick, mit ihm über meine Robe für 500 Frs. zu reden, wie klein muß ihm jetzt diese Summe erscheinen!"

Rußland. Warschau. [Die Regierung und der Panslavismus.] Es verdient Beachtung, daß das vor etwa 8 Wochen ins Leben gerufene panslavistische Blatt „Rusko-Slawianskije Otgoloski" (Russisch-Slawisches Echo) kurz nach einander in der Person seines Redacteurs Iwanow zwei Mal officiell verwarnt worden ist, „weil es", wie es in den betreffenden Verfügungen des Ministers des Innern heißt, „die Verfahrungsweise und die Richtung der russischen Politik verkehrt dargestellt und scharf getadelt und dabei Grundsätze unterstützt habe, welche den Staatsinteressen schnurstracks zuwiderlaufen." Das genannte Blatt hatte nämlich der russischen Politik vorgeworfen, daß sie die slavischen Interessen nicht eifrig genug wahrnehme, und hatte dann eine nähere Darlegung dieser Interessen im panslavistischen Sinne gegeben. Man möchte daher aus den wegen dieser Auffassungsweise der russischen Politik dem panslavistischen Blatte ertheilten Verwarnungen schließen, daß die russische Regierung augenblicklich nicht geneigt ist, den immer dringender werdenden Anregungen der panslavistischen Partei zu folgen.

Italien. [Ueber die päpstliche Armee] schreibt Rittmeister v. Kodolitsch, der auf dem Rückwege von Abyssinien das Lager bei Frascati besuchte, im „Camerad": „Der Typus der Truppe, so wie deren Adjustirung, Reglements 2c. sind ganz französisch. Die Elite-Truppe sind jedoch die Zuavi del Papa, ca. 4000 Mann stark, in der gegen 2000 Edelleute aus den besten französischen, belgischen und holländischen Familien größtentheils als gemeine Soldaten dienen. Die Officiere sind ca. zwei Theile Franzosen, ein Theil Römer, ein Theil Deutsche und andere Nationen.

Vermischtes.

Düsseldorf, 21. Juli. [Max Heß †.] Einer unserer genialsten jungen Maler, Max Heß, der Sohn des berühmten Münchener Historienmalers Peter v. Heß, ist vorgestern in Lipspringe nach längeren Leiden gestorben.

Warschau, 20. Juli. [Mord.] Der 20jährige Sohn des hiesigen Ingenieur-Obersten a. D. v. Smolikowski, welcher so eben in der juristischen Fakultät der hiesigen Hochschule seine Examina absolvirt hatte und während der mehrwöchentlichen Abwesenheit seines Vaters beauftragt war, in dessen Namen in der Bank eine bedeutende Summe zu erheben, ist vor einigen Tagen ermordet worden. Als Mörder wird der fast in demselben Alter stehende leibliche Onkel (Bruder der Mutter) des jungen Mannes bezeichnet, welchem es gelungen sein soll, von der eben gehobenen Summe 5000 Rubel zu entwenden, worauf er ihn mit vergiftetem Kuchen aus dem Wege zu schaffen gesucht habe. Da der erste Versuch, wahrscheinlich wegen zu geringer Giftdosis, fehlschlug, verließ der Mörder Warschau, kehrte jedoch nach 14 Tagen zurück, aller Wahrscheinlichkeit nach, um sich noch des übrig gebliebenen Geldes zu bemächtigen, und nun vermochte er dem arglosen Jüngling auf dieselbe Weise eine größere Portion Arsenik beizubringen, welcher der Unglückliche in wenigen Stunden erlag. Vier herbeigerufene Aerzte glaubten einen Cholerafall vor sich zu haben und das Verbrechen wäre vielleicht mit dem Vergifteten zu Grabe getragen worden, wenn nicht der Bediente desselben ein übrig gebliebenes Stück Kuchen verzehrt hätte und bald darauf von ähnlichen Krankheitssymptomen befallen worden wäre. Nun erst verfiel man auf die wahre Ursache des gräßlichen Leidens — es war jedoch schon zu spät und das Opfer verschied in wenigen Stunden. Auch der Diener soll sich in gefahrdrohendem Zustande befinden. Der vermuthliche Mörder befindet sich in gerichtlichem Gewahrsam, ist jedoch bis jetzt des Verbrechens noch nicht geständig.

— [Ein Kabinetsstück russischer Willkür] erzählt ein Berichterstatter der „N. Fr. Pr." von der polnischen Grenze. Der Gouverneur von Piotrkow habe alle in Läden befindlichen Zündhölzchen aus der Fabrik von Pollak in Wien confisciren lassen, weil ihm der Name Pollak (Pole) nicht gefallen habe.

— [Großer Waldbrand.] Die „Correspondencia" berichtet von einem schrecklichen Waldbrand, der in der Umgegend von der Stadt Sorie (Spanien) stattgehabt hat. Derselbe dauerte volle acht Tage lang und verzehrte ungefähr 4 Millionen Tannenbäume auf einer Strecke von 4 Lieus. Der verursachte Schaden wird auf 14 Millionen Realen veranschlagt.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Depesche vom 23. Juli.

Morg.		Bar. in Par. Linien.	Temp. R.			
6	Memel	338,6	12,3	SO	schwach	bedeckt, starker Nebel.
7	Königsberg	338,8	14,6	O	schwach	heiter.
6	Danzig	338,8	13,3	Windstille		heiter.
7	Cöslin	337,6	16,0	SO	schwach	heiter.
6	Stettin	338,2	15,0	OSO	schwach	wolkig, heiter.
6	Putbus	336,8	17,5	O	schwach	heiter.
6	Berlin	336,1	17,1	O	schwach	ganz heiter.
7	Köln	335,4	19,6	SO	schwach	heiter.
7	Flensburg	336,6	17,6	SO	schwach	bewölkt und Regen.
7	Haparanda	335,1	11,2	W	schwach	bedeckt
7	Petersburg	338,2	13,4	NW	schwach	heiter.
7	Stockholm	337,2	15,4	SSO	schwach	heiter, gestern Abend WSW schwach.

Zur Wasserleitungsfrage.

Einem Inserate in den „Wogen der Zeit" vom 23. Juli entnehmen wir zu unserm Befremden die Bitte: „Die Stadtverordnetenversammlung möge morgen, am 24. Juli, ihre Zustimmung zu dem Antrage des Magistrats vorläufig aussetzen, resp. einstweilen ablehnen", und zwar, weil 1) wohl noch nie ein Project von solcher Wichtigkeit und von so bedeutendem Kostenaufwande mit einer solchen fast athemlosen Hast ins Werk gesetzt worden, wie obiges; — 2) die wirklichen Kosten wahrscheinlich größer wie der Anschlag von ca. 500,000 Rℓ. sein werden; — 3) es der Stadt unter den jetzigen traurigen Zeitverhältnissen zu schwer werden dürfte, ein so großes Opfer zu bringen; — 4) bessere und billigere Projecte sich finden könnten, da zu bedenken ist, daß Danzig in seiner Nähe 3 Flüsse hat, Weichsel, Mottlau und Radaune, die gewiß Wasser genug hätten, und die bei gehöriger Filtration und Fortschaffung der bisherigen Unrathsquellen auch gutes Wasser liefern würden; — 5) die Wasserleitung nicht das allerdringendste Bedürfniß ist, und die Beseitigung unseres traurigen Trummen- und Cloakenwesens jedenfalls dringender wäre; da dieses Ungeheuer an dem Leben und der Gesundheit von ca. 90,000 Menschen nage, diesem Uebel aber durch Legung der Hauptcanäle für das Sielsystem, Reinigung der Flüsse und Erzeugung einer stärkern Strömung in Mottlau und Weichsel, sowie regelmäßige und größere Zufuhr von Trinkwasser entgegengetreten werden könnte.

Wie nun der Verfasser jenes Artikels von einer fliegenden Hast bei einer Frage sprechen kann, welche seit vielen Jahren im Magistrate, in der Presse, den Bürgerversammlungen, dem Gesellen-Verein und dem Gewerbeverein behandelt und nach allen Seiten hin in reifliche Erwägung gezogen worden ist, ist vollständig unerfindlich, und liefert den Beweis, daß derselbe allen jenen so interessanten Verhandlungen vollständig fremd geblieben ist, weil in ihnen fast alle oben aufgestellten Bedenken zu Genüge ihre Erledigung gefunden haben. Es sei jedoch dem Einsender dieser Zeilen erlaubt, auf die einzelnen Bedenken zurückzukommen: 1) ist es kaum wahrscheinlich, daß die Kosten eine größere Summe erfordern werden, weniger deßhalb, weil die Anschlagssumme einen enormen Betrag repräsentirt, als weil, wie wir durch die Presse erfahren haben, die Herren Ayrd und Henoch eine Garantie gegen eine Ueberschreitung geben wollen; 2) dürfte sich jetzt eher ein Anlehen von Seiten der Stadt aufnehmen lassen, wo die großen jetzt ruhenden Capitalien nicht durch einen blühenden Handel auf andere, vielleicht mehr Gewinn versprechende Wege abgeleitet werden; 3) ist es hinlänglich auch dem Laien verständlich bewiesen worden, daß das Wasser der Mottlau und der Weichsel nicht für den obigen Zweck brauchbar ist; und auch wohl Jedem klar, daß eine Filtration und Hebung jener Gewässer durch Anlage eines großartigen Druck-Werks bestimmt mehr Kosten verursachen würde, wie die Entnahme des Wassers aus jenen hochgelegenen Orten; das Wasser der Radaune aber, wenn es wirklich die genügende Menge liefert, unmöglich gegen jede Verunreinigung durch das Zuströmen der Cloake von Praust aufwärts, das Hineinfließen des Regen- und Schneewassers von den Bergen, sowie der verbrauchten Gewässer der oben liegenden Papiermühlen ꝛc. geschützt werden kann, und es doch hauptsächlich darauf ankommt, ein reines Wasser in die Stadt zu bekommen, da wir das mit faulen Stoffen geschwängerte ja reichlich genug besitzen und dieses eben los sein wollen. 4. Nach dem einstimmigen Urtheile aller Aerzte ist eben gerade reichlicher Vorrath von gutem, reinem Trink- und Kochwasser das erste und dringendste Bedürfniß für unsere Stadt. Nur durch eine Wasserleitung ist es möglich, in den Brunnen gutes Wasser zu finden, die Trummen entbehrlich zu machen, oder, weil sie leichter und besser gespült werden können, rein zu halten. Nur die Wasserleitung befreit uns von den jährlichen enormen Kosten, welche die Reparatur der jetzigen Röhren und Brunnen fast nutzloser Weise erfordern, wie auch von dem ewigen Aufreißen des Straßenpflasters und den ebenso großen Kosten für die Reparatur des Pflasters. Nur sie macht es möglich die Straßen sauberer zu erhalten, bei heißem Wetter dieselben besprengen zu können, und den Bäumen, welche so viel zur Zierde der Straßen, zur Gesundheit der Menschen durch das Aufsaugen schädlicher Gase aus Boden und Luft beitragen, eine reichlichere Nahrung zuzuführen und dieselben besser gedeihen zu lassen. Nur sie macht das Heraufschleppen des nothwendigen Wassers in die oberen Räume des Hauses, mit allen nachtheiligen Eigenschaften, das Beschmutzen der Treppen, Zerschlagen und Zerstoßen der Geländer und vielem Aerger mit dem Dienstpersonal ein Ende. — Ohne Wasserleitung lassen sich aber die Kloaken und Trummen, deren Beseitigung der Einsender jenes Artikels mit Recht das Wort redet, aber nicht beseitigen. Eine vollständige Reinigung und Reinhaltung der Flüsse aber ist ein Ding der Unmöglichkeit und wird trotz aller polizeilichen Verordnungen und Strafen nie erzwungen werden können. Die Anlage von Hauptcanälen für das Sielsystem und außerdem eine Herbeiführung von Trinkwasser, wie der geehrte Verfasser es wünscht, würde sicher aber mehr kosten wie 500,000 Thlr. Wohl ist dieses eine riesige Summe, aber schrumpft sie nicht zusammen, wenn dafür viele Menschenleben länger erhalten, viele Ernährer ihren Familien viele Jahre länger erhalten werden können? Kosten die der Stadt zur Ernährung anheim fallenden Wittwen und Waisen keine große Summe? Und würde Jemand behaupten wollen, daß durch unsere jetzigen Brunnen und unser jetziges Wasser noch kein Mensch früher gestorben ist, als es unter anderen Verhältnissen der Fall sein würde?

Sehen wir aber die Wahrheit dieser Ansicht ein, dann müssen wir die Stadtverordneten bitten, dem Antrage des Magistrates mit Freuden zuzustimmen, um keinen Tag, ja keine Stunde zu verlieren.

R. Block.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.